



Protokoll der 31. Sitzung des Einwohnerrates

vom 30. Oktober 2019, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 36 Mitglieder

Entschuldigt: Ratsmitglieder Büchi Vreni (FDP), Bühler Joel (SP), Faust Lisa (GL) und Jeitziner Loris (SP)

Traktanden	Laufnummer
1. Bundesfeier - Petition «Neuregelung der Feuerwerke; 1. August: Feiern oder flüchten?» <i>://: Die Petition wird vom Rat einstimmig zur Kenntnis genommen. ://: Mit 3 Ja-Stimmen gegen 23 Nein-Stimmen bei 9 Enthaltungen wird die Überweisung der Petition als Postulat an den Stadtrat abgelehnt.</i>	2019/156
2. Toilettenanlage Sichern - Postulat «Öffentliche Toilettenanlage auf Sichern» von Hans Rudolf Schafroth der SVP-Fraktion <i>://: Das Postulat wird mit 3 Ja-Stimmen gegen 31 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen nicht an den Stadtrat überwiesen.</i>	2019/155
3. Solaranlagen - Postulat «Förderbeiträge an private Solaranlagen» von Hanspeter Zumsteg der Grünen Fraktion, Sonja Niederhauser der CVP/EVP/GLP-Fraktion und Patrick Mägli der SP-Fraktion <i>://: Das Postulat wird mit 13 Ja-Stimmen gegen 20 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen nicht an den Stadtrat überwiesen.</i>	2019/157
4. Food Waste - Interpellation «Eine kleine Massnahme gegen Food Waste» von Stefan Fraefel der CVP/EVP/GLP-Fraktion <i>Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.</i>	2019/158
5. Kreisel - Postulat betreffend Klimaverbesserung durch die Umgestaltung von Kreuzungen in Kreisel von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion <i>://: Das Postulat wird mit 10 Ja-Stimmen gegen 21 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen nicht an den Stadtrat überwiesen.</i>	2019/159
6. Plauder-Bänkli - Interpellation «Ein Plauder-Bänkli gegen die Einsamkeit» von Lisa Faust der Grünen Fraktion <i>Das Geschäft wird auf die nächste Ratssitzung vertagt.</i>	2019/160

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) heisst die Ratsmitglieder sowie Medienvertreter und Gäste zur heutigen Sitzung willkommen.

Mitteilungen des Ratsbüros sowie des Ratspräsidiums

Vom Ratsbüro wird folgende Mitteilung gemacht:

- Da nur gerade sechs Geschäfte an der heutigen Sitzung behandelt werden, wird auf eine Pause verzichtet.
- Das Budget 2020 ist am gestrigen Nachmittag als pdf-Datei verschickt worden. Die Vorlage Nr. 2019/161 ist vom Büro an seiner letzten Sitzung an die FIKO sowie BPK zur Vorberatung überwiesen worden und wird auf die Dezember-Sitzung traktandiert.
- Vor Beginn der heutigen Sitzung ist von von Ratsmitglied Max Schäublin (FDP) seine Rücktrittserklärung per 31. Oktober 2019 aus dem Rat eingegangen, welche verlesen wird.
Auch das Demissionsschreiben von Ratskollegin Büchi Vreni (FDP) ist eingegangen und wird verlesen.
Den beiden Ratsmitgliedern wird der beste Dank für die geleisteten Arbeiten als Einwohnerratsmitglied zum Wohl von Liestal ausgesprochen.
- Die GPK-Mitglieder treffen sich im Anschluss an die Sitzung beim Kommissionspräsidenten, damit die nächste Sitzung terminiert werden kann.

Tischpapiere

Den Ratsmitgliedern sind folgende Tischpapiere verteilt worden:

- Stimmausweis, gelb
- Vorlagen Nr. 2019/163 und Nr. 2019/164 (neue Vorstösse)
- Einladung zu Jahresschlussessen vom 29. Januar 2020

Neue persönliche Vorstösse

- Sekten - Interpellation «Sekten in Liestal» von Domenic Schneider der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2019/163)
- SBB-Baustelle - Interpellation «Sichere SBB-Baustelle» von Domenic Schneider der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2019/164)

Stimmenzähler/innen

Auf Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmenzähler/innen bestimmt:

- | | |
|-------------------------|--|
| - Meyer Denise (SVP) | Seite A (SP, GL) |
| - Imsand Bruno (FDP) | Seite B (SVP, CVP/EVP/GLP) |
| - Bonjour Bernhard (SP) | Seite C (FDP) + Präsidium, Referent/in |

Persönliche Erklärungen / Fraktionserklärungen

Es werden keine Erklärungen von Ratsmitgliedern oder Fraktionen abgegeben.

Mitteilungen des Stadtrates

Stadtpräsident Daniel Spinnler gibt bekannt, dass heute ja das Budget 2020 mit E-Mail verschickt wurde. Der Aufwandüberschuss von 1,9 Mio. Franken muss hauptsächlich auf die Umsetzung der Unternehmenssteuerreform zurückgeführt werden. Der Budget-Versand erfolgt bis Ende dieser Woche.

Stadtrat Franz Kaufmann informiert in einem Überblick über den Stand der SBB-Baustelle. Die Abbruch- und Demontearbeiten sind abgeschlossen und die Bauplatzinstallation ist erstellt. Die Personenunterführung Sichtenstrasse ist bereits in Angriff genommen worden. Die Tieferlegung der Oristal-Unterführung ist mit einem sehr grossen Aufwand verbunden. Aktuell wird auch die Hangsanierung bei der Tiergartenstrasse vorgenommen. Auch ist mit dem Bau der Seltisberger-Brücke begonnen worden und in einer nächsten Etappe wird auch die Burggraben-Aufweitung in Angriff genommen. Ein Brennpunkt ist im Moment der Schwieri-Übergang, wobei von den SBB bereits Lösungsvarianten geprüft werden. Die direktbetroffene Anwohnerschaft wird zu einer Informationsveranstaltung eingeladen.

Traktandenliste

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) stellt fest, dass zur Traktandenliste keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Die Traktandenliste wird einstimmig gemäss Einladungsschreiben vom 16. Oktober 2019 beschlossen.

259 0.01.011.01 Einwohnerrat

1. Bundesfeier - Petition «Neuregelung der Feuerwerke; 1. August: Feiern oder flüchten?» (Nr. 2019/156)

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Gemäss § 53 des Geschäftsreglementes können Petitionen, deren Behandlung nicht in die Kompetenz des Einwohnerrates fallen, an die zuständige Behörde weiter geleitet werden. Das Büro beantragt deshalb dem Rat, die Petition dem Stadtrat als Postulat zur Prüfung und Berichterstattung zu überweisen.

Stadträtin Regula Nebiker gibt bekannt, dass der Stadtrat das Postulat beziehungsweise die Petition nicht übernehmen möchte. Der Stadtrat hat relativ begrenzte Möglichkeiten, damit beispielsweise 1. August-Feiern nur noch an bestimmten Orten durchgeführt werden könnten. Zusätzliche reglementarische Bestimmungen könnten aber beispielsweise bei § 32 des neuen Polizeireglementes formuliert werden, welches aktuell in der GOR vorberaten wird. Die Reglementsänderung betreffend der Feuerwerk-Handhabung am 1. August kann ja vom Einwohnerrat beschlossen werden. Auch kennt der Stadtrat die Haltung des Einwohnerrates betreffend der Petition nicht. Der Stadtrat hat Bedenken betreffend der Umsetzung der verschiedenen Petitionsforderungen, was sie den Petenten auch schon mitgeteilt habe. Schlussendlich müsste auch der Einwohnerrat den Petitionären eine Antwort auf den Vorstoss geben.

Dominik Odermatt (FDP) äussert, dass seine Fraktion die Petition wohl zur Kenntnis nimmt, kann aber die Überweisung der Petition an den Stadtrat nicht unterstützen, denn es ist Sache des Einwohnerrates eine Gesetzesgrundlage zu schaffen und dafür wäre das Polizeireglement wohl auch der richtige Erlass. Für die Durchsetzung wäre dann aber doch der Stadtrat als Exekutive zuständig, was ja beispielsweise auch am Silvester schwer möglich ist, wo ja ebenfalls Feuerwerk abgelassen wird. Seine Fraktion möchte die von den Petenten geforderten Einschränkungen hingegen gar nicht. Mit der Petition wird ein einseitiges Bild mit den negativen Folgen für Mensch und Tier dargestellt, doch sind die Gründe zu wenig stichhaltig, dass man gleich ein Verbot reglementieren müsste. Es gibt immer wieder Gründe, woran sich Teile der Bevölkerung stören, doch muss man diese dann auch nicht gleich verbieten. Neben dem Grundsatz der Freiheit gibt es ja auch den Grundsatz der Toleranz.

Michael Durrer (GL) legt dar, dass die Petition auch in seiner Fraktion aus unterschiedlichen Blickwinkeln diskutiert wurde. Die Forderungen der Petition sind vielfältig und einige dieser Punkte sind ja bereits heute klar geregelt. So ist es bereits heute so, dass Feuerwerk am 1. August abgelassen werden darf und nicht Tage vor- und nachher. Verschiedene Begehren sollten aber doch schon noch vom Stadtrat geprüft werden. So könnte man ja vielleicht öffentliche Plätze organisieren bzw. bereitstellen, auf welchen man dann Feuerwerk ablassen kann. Auch könnte der Stadtrat im Liestal aktuell darüber informieren, wann und wo man welches Feuerwerk ablassen darf. Es gibt ja weitere Veranstaltungen wie der Banntag, die Fasnacht usw., die nicht allen Einwohnern gefallen und die Stadt kann ja wohl durchaus Beiträge zur Verbesserung der Situationen leisten, ohne dass man gleich alles reglementieren und verbieten muss. Seine Fraktion wird mehrheitlich der Postulatsüberweisung zustimmen.

Markus Rudin (SVP) ist der Ansicht, dass viel in unseren Reglementen geregelt ist, doch meist fehlt es am Vollzug. Der Vollzug findet meist nur dort statt, wo man damit auch Geld einnehmen kann. Sinn und Unsinn von Feuerwerk kann man ja durchaus in Frage stellen und was bringen reglementarische Regeln in Liestal, wenn man in den Nachbargemeinden ohne Einschränkungen nach wie vor Feuerwerk ablassen kann? Wer bezahlt die geforderten Aufsichts- und Kontrollpersonen sowie Folgekosten für die Abfallentsorgung, Reinigungsarbeiten usw.? Weshalb sind die Petitionäre nicht zuallererst bei den Quartiervereinen vorstel-

lig geworden und haben mit diesen das Abbrennen von Feuerwerk an bestimmten Orten thematisiert? Vermutlich sind vermehrte Informationen im Liestal aktuell usw. erfolgsbringender als zusätzliche reglementarische Bestimmungen, deren Einhaltung dann niemand kontrolliert. Auch an Silvester wird Feuerwerk verwendet und nichts ist reglementiert. Seine Fraktion stimmt dem ersten Antrag zu und vertritt beim zweiten Antrag unterschiedliche Meinungen.

Bernhard Bonjour (SP) stellt fest, dass die Petitionäre den 1. August gemäss eigenen Aussagen würdig feiern möchten und dies ist ein Anlass, der 1890 ohne jegliche historische Grundlage erfunden wurde. Es war damals die Zeit eines sehr aggressiven Nationalismus und diesem sind ja dann auch Millionen an Menschen im Krieg zum Opfer gefallen. Das Abbrennen von Feuerwerk ist ein altchinesischer Brauch, um böse Geister zu vertreiben, insofern passt dieser Brauch dann auch wieder zu einigen Staats- und Bundesfeiertagen. Zurückkommend auf den Antrag des Büros kann er darüber informieren, dass sich eine Mehrheit der SP-Fraktion für die Überweisung der Petition als Postulat an den Stadtrat ausspricht. Feuerwerke sind zum Teil eine grosse Belastung für einen wohl grossen Teil von Menschen und Tieren, weshalb man das Problem ernsthaft angehen sollte. Und sollte es irgendwie eine Möglichkeit geben, die Knallerei zu reduzieren, sollte man die Gelegenheit ergreifen. Auch im vorliegenden Fall ist es die Aufgabe der Exekutive, zu prüfen und zu berichten, wie das mit einem Postulat vom Stadtrat verlangt werden kann. Es ist natürlich sehr unsympathisch, ständig mit Verboten zu operieren, doch müsste man halt eine Form finden, um solchen und ähnlichen Forderungen gerecht werden zu können. So wäre es vermutlich eine Lösung, wenn man Feuerwerk nur noch an bestimmten Plätzen abbrennen dürfte und vermehrt über die diesbezüglichen Bestimmungen informieren würde.

Andreas Salathe (CVP/EVP/GLP) bemerkt, dass seine Fraktion nebst der Lärmbelastung für Mensch und Tier doch auch noch die Umweltbelastung erwähnen möchte, welche bei Feuerwerk ja nicht unbedeutend ist. Wenn man die Petition ernst nimmt, könnte als Reaktion gar Feuerwerk verboten werden, doch dürfte man sich mit einer solchen Massnahme in der Vorreiterrolle gesamtschweizerisch stark exponieren. Wenn man aber ein solches Verbot nicht möchte, müsste man doch zumindest gewisse Dinge zumindest regulieren, was von Vorrednern auch schon vorgeschlagen und aufgeführt wurde. In der Postulatsbeantwortung sollten deshalb nebst Lösungsvorschlägen auch die Folgekosten aufgezeigt werden. Seine Fraktion ist deshalb dafür, dass die Petition als Postulat an den Stadtrat überwiesen wird.

Stadträtin Regula Nebiker nimmt Bezug auf die Voten der Fraktionssprecher und dankt für die verschiedenen Anregungen und Empfehlungen. Sie meint, dass das Geschäft an der heutigen Sitzung durchaus direkt beraten werden kann und nicht mehr an den Stadtrat überwiesen werden müsste. Die grundsätzliche Frage ist ja, was tut die Stadt am 1. August und diese Frage kann sie damit beantworten, dass diese keine Bundesfeier-Veranstaltungen organisiert. Vielleicht müssten die Petitionäre eher bei der Bürgemeinde Liestal vorstellig werden, welche ja auch für die Organisation der 1. August-Feier auf der Sichertern verantwortlich zeichnet. Die Stadt wird künftig vermehrt vorgängig den Bundesfeiern informieren, doch dafür braucht es kein Postulat. Die Organisation von Bundesfeiern in Quartieren macht aus verschiedenen Gründen durchaus Sinn, doch auch dies kann vom Stadtrat nicht verordnet werden. Der Einwohnerrat kann jedoch als gesetzgebende Behörde im Zusammenhang mit dem neuen Polizeireglement Einfluss nehmen.

Beat Gränicher (SVP) bekundet Mühe damit, dass mit der Petition einmal mehr Verbote im Zusammenhang mit einem traditionellen Anlass und Brauch erwirkt werden sollen. Denjenigen, die die Raketen am Nationalfeiertag nicht hören möchten, empfiehlt er einen Ausflug in den Schwarzwald. Denn dies tun bereits einige, welche auch vor dem Banntag, dem Stadtfest, dem Silvester und sonstigen Anlässen flüchten, welche mit Lärm verbunden sind. Es darf nicht Schule machen, dass dann bei jedem Anlass gleich mit Petitionen wieder neue Verbote geschaffen werden.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) resumiert, dass viele Leute Feuerwerk toll finden und zahlreich auch die Gegner von Feuerwerk sind. Die Politiker vertreten nun entweder ihre Partikularinteressen oder suchen zusammen nach einem Kompromiss. Gemäss heutiger Regelung ist es so, dass an 364 Tagen im Jahr kein Feuerwerk abgebrannt werden darf. Und wenn man nun noch mit einem Vorstoss für den einten Tag noch zeitliche Einschränkungen erwirken möchte, so fehlt es doch auch etwas an fehlendem Respekt gegenüber diesen Leuten, die Feuerwerk lieben. Es gibt keinerlei Gründe für eine Verschärfung mit gesetzlichen sowie reglementarischen Bestimmungen und auch keine Gründe dafür, Stadtrat und Verwaltung noch mit einem Postulat beziehungsweise der Petition beschäftigen zu wollen. Wenn der Einwohnerrat gemäss den Petitionären ein Verbot möchte, so müsste er aber dann doch die Überweisung an den Stadtrat oder aber an die GOR beschliessen, welcher das neue Polizeireglement zur Vorberatung überwiesen wurde.

Michael Durrer (GL) votiert, dass die Mitunterzeichner der Petition mit dem Vorstoss wohl kaum die Abschaffung von 1. August-Feiern bezwecken. Was passiert aber eigentlich mit der Petition, wenn diese vom Rat nicht an den Stadtrat überweisen würde, wie dies vom Büro vorgeschlagen und beantragt wird?

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) legt dar, dass dann die Petition als erledigt abgeschlossen würde, sollte der Rat die Überweisung an den Stadtrat nicht beschliessen.

Peter Küng (SP) macht darauf aufmerksam, dass die Bundesfeier 2018 wegen der Trockenheit und dem Feuerverbot ebenfalls gebührend gefeiert wurde, obwohl man kein Feuerwerk abbrennen durfte. Er findet es schade, dass in der Petition der ganze Umweltaspekt nicht oder nur sehr kurz aufgeführt wird. Das Problem dürfte sich vermutlich mit der ganzen Klimadiskussion wohl sowieso verringern oder gänzlich lösen. So verkaufen bereits heute Grossanbieter aus ökologischen Gründen kein Feuerwerk mehr. Er wird sich bei der Abstimmung zur Postulatsüberweisung enthalten.

Hans Rudolf Schafroth (SVP) äussert, dass die Bürgergemeinde im Zusammenhang mit der Durchführung der 1. August-Feier auf der Sichertern verschiedentlich erwähnt wurde. Das Feuerwerk entspricht bereits heute den Bestimmungen und Auflagen der stadträtlichen Verordnung. Die 1. August-Feier mit dem von professionellen Leuten organisierten Feuerwerk wird seit 1999 von der Bürgergemeinde organisiert. Beim Feuerwerk auf der Sichertern fallen keine Rückstände auf den Boden und es wird ebenfalls ein Sicherheitsabstand von 150 Metern zu Mensch, Tieren, Liegenschaften und Wald eingehalten. Dieser Sicherheitsabstand dürfte ja beispielsweise bei offiziellen Feuerwerk-Plätzen im Zentrum bzw. in den Quartieren wohl kaum eingehalten werden können und somit empfiehlt er allen, künftig die Bundesfeier auf der Sichertern zu besuchen.

Markus Rudin (SVP) möchte wissen, wie die Petitionäre über den heutigen Entscheid informiert werden.

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) antwortet, dass die Petitionäre vom Ratsbüro informiert würden, sollte die Petition nicht an den Stadtrat überwiesen werden.

Benjamin Holinger (GL) ist der Ansicht, dass das Schreiben an die Petitionäre vom Ratspräsidenten namens des Einwohnerrates beantwortet werden müsste. Die Anliegen der Petenten sollten ernst genommen werden und diese auch darüber informiert werden, was der Einwohnerrat bzw. der Stadtrat in der erwähnten Angelegenheit künftig noch unternehmen wird.

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) legt dar, dass das Schreiben der Petitionäre an ihn persönlich adressiert wurde und weil er deren Anliegen ernst genommen hatte, wurde der Vorstoss ja auch auf die heutige Einwohnerratssitzung traktandiert.

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Der Rat nimmt einstimmig Kenntnis von der Petition gemäss Vorlage Nr. 2019/156.

://: Mit 3 Ja-Stimmen gegen 23 Nein-Stimmen bei 9 Enthaltungen wird der Antrag des Büros abgelehnt und die Petition dem Stadtrat nicht als Postulat zur Prüfung und Berichtserstattung überwiesen.

260 0.01.011.01 Einwohnerrat

2. Toilettenanlage Sichertern - Postulat «Öffentliche Toilettenanlage auf Sichertern» von Hans Rudolf Schafroth der SVP-Fraktion (Nr. 2019/155)

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

Einwohnerrat Liestal

Postulat „Öffentliche Toilettenanlage auf Sichertern“

Auf Sichertern ist unser schönstes Naherholungsgebiet und dies wird auch gerne so zur Verfügung gestellt, was von vielen Einwohnerinnen und Einwohnern intensiv genutzt wird.

Mit der intensiven Nutzung findet man leider auch immer häufiger Hinterlassenschaften von Besuchern, welche wohl ihr Geschäft mangels öffentlicher Toiletten im Wald verrichten und dies nicht immer zur Freude aller Naherholungsgebiet-Besucher.

Sehr gerne lade ich hiermit den Stadtrat ein, zum Prüfen und Berichten über die Möglichkeiten zur Realisierung einer öffentlichen Toilettenanlage auf Sichertern.

Mit bestem Dank zum Voraus und freundlichen Grüssen

SVP Fraktion

Hans Rudolf Schafroth

Im September 2019

* * * * *

Stadtrat Franz Kaufmann informiert, dass der Stadtrat das Postulat nicht übernehmen möchte und dies damit begründet, dass Land und Liegenschaften auf der Sichertern der Bürgergemeinde gehören und diese eine Toilette installieren oder aufstellen könnte. Die Toilettenanlagen bei der Schiessanlage Sichertern sind ja während der Woche meist zugänglich und könnten gegebenenfalls am Wochenende auch noch geöffnet werden.

Hans Rudolf Schafroth (SVP) führt als Postulant aus, dass er schon mehrmals von Bürgern auf das postulierte Problem angesprochen wurde. Die Problematik von fehlenden Toilettenanlagen kann man nicht nur auf der Sichertern, sondern auch in anderen Naherholungsgebieten wie Windenthalhöhe usw. wahr nehmen. Auch das Littering bzw. herumliegende WC-Papier ist unübersehbar und es braucht rund 10 Jahre, bis solche Papierchen in der Natur vermodert sind. Die Bürgergemeinde ist wohl Eigentümerin der Sichertern, doch für die im Postulat erwähnte Problematik hat die Einwohnergemeinde verantwortlich zu zeichnen. Fest installierte Toilettenanlagen gibt es andernorts bereits und dafür braucht es Werkleitungen wie Strom, Wasser und Abwasser. Auch müssten die dafür nötigen Standorte in einer Spezialzone ausgeschieden werden. Mobile ToiToi-Toilettenanlagen sind jedoch keine Lösung. Selbstverständlich kann man die Toilettenanlagen auf dem Sicherternhof benützen, falls man Gast ist. Er könnte sich mit der Überweisung und gleichzeitigen Abschreibung seines Vorstosses einverstanden erklären, falls der Stadtrat zusichern würde, sich der Problematik anzunehmen. Von der SVP-Fraktion werden nicht alle die Postulatsüberweisung unterstützen.

Marianne Quensel (SP) berichtet, dass sich ihre Fraktion gegen die Überweisung des Postulates ausspricht. Es gibt bereits Möglichkeiten für Toilettenbesuche. Zudem würde sich schlussendlich ja auch noch die Frage stellen, wo denn überhaupt der richtige Platz und Standort für eine solche Toilettenanlage im riesigen Sichertergebiet wäre.

Michael Durrer (GL) teilt mit, auch seine Fraktion wird der Überweisung des Postulates nicht zustimmen und unterstützt das Argumentarium des Stadtrates. Die Bürgergemeinde verfügt über genügend finanzielle Mittel, um das angebliche Problem selbst lösen und finanzieren zu können. Seine Fraktion würde auch eher eine Lösung auf Kompostier-Basis als die vom Postulanten geschilderte Lösung mit einer selbstreinigenden Toilettenanlage befürworten.

Peter Bürgin (FDP) sagt, dass sich auch die FDP-Fraktion gegen die Überweisung des Postulates ausspreche. Es wäre natürlich wünschenswert, dass das Sichertergebiet von allen Benützern wieder sauber verlassen würde. Die Idee der öffentlichen Toilettenanlage geht seiner Fraktion zu weit und man appelliert an den gesunden Menschenverstand. Die Anschaffung und der Unterhalt sämtlicher öffentlicher Toilettenanlagen kann nicht Sache der Stadt sein und solche Investitionen sind angesichts der nun vorliegenden Budget-Zahlen wohl auch nicht näher prüfenswert. Auf dem Sicherternhof, in der Chornschüre und in der Schiessanlage hat es genügend WC-Anlagen, so dass der Wald nicht für die Notdurft von Sichertern-Besuchern erhalten muss.

Susanna Thommen (CVP/EVP/GLP) unterstreicht die vorgängigen Aussagen, dass es auf der Sichertern eigentlich genügend Toilettenanlagen hat und man höchstens dafür schauen müsste, dass diese der Öffentlichkeit vermehrt zugänglich gemacht werden könnten. Ihre Fraktion wird die Postulatsüberweisung ebenfalls ablehnen.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) legt dar, dass der Postulant immer davon gesprochen hatte, dass er von Bürgerinnen und Bürgern auf die Problematik und das Bürgeranliegen angesprochen wurde. Diese dürften sich wohl auch an die richtige Person gewendet haben, da der Postulant ja auch Bürgerrat ist.

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) stellt fest, dass aus dem Rat keine weiteren Wort-begehren angemeldet werden.

://: Das Postulat Nr. 2019/155 wird mit 3 Ja-Stimmen gegen 31 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen nicht an den Stadtrat überwiesen.

261 0.01.011.01 Einwohnerrat

3. Solaranlagen - Postulat «Förderbeiträge an private Solaranlagen» von Hanspeter Zumsteg der Grünen Fraktion, Sonja Niederhauser der CVP/EVP/GLP-Fraktion und Patrick Mägli der SP-Fraktion (Nr. 2019/157)

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

Einwohnerrat Liestal

Postulat:

Förderbeiträge an private Solaranlagen

Das neue Energieleitbild der Stadt Liestal sieht vor, dass die Stadt entsprechend der vom Schweizer Volk deutlich beschlossenen Energiestrategie 2050 selbst konkrete Massnahmen umsetzt gegen die drohende Klimaerwärmung.

Es ist an der Zeit, dass angesichts der drohenden Klimakrise und dem Ausrufen des Klimanotstands in Liestal die Energiestadt Liestal deutlichere Zeichen setzt.

Neben eigenen vorbildlichen Massnahmen (insbesondere im Baubereich) soll die Stadt vermehrt dazu beitragen, dass sich auch die Einwohner vermehrt engagieren im Einsatz von Energieeffizienz und erneuerbaren Energien.

Um den Bau von privaten Solaranlagen noch wirksamer zu fördern, sollen in Liestal entsprechende Solar-Förderbeiträge (zusätzlich zu Kanton und Bund) gesprochen werden, wie dies unsere Nachbargemeinde Frenkendorf (Energiestadt) mit bescheidenem administrativen Aufwand (z.B. gekoppelt an die Förderung durch den Kanton) schon seit Jahren macht mit jährlich maximal 35'000 CH bei 6500 Einwohnern.

Die Erfahrungen mit dem seit Jahren erfolgreichen 'Baselbieter Energiepaket' zeigen eine erfreulich starke Hebelwirkung – auch zum Nutzen für unser regionales Gewerbe.

Beim Standortmarketing soll sich Liestal auch im Solar-Rating erfolgreich messen können mit andern Baselbieter Gemeinden: Anzahl Solaranlagen pro Kopf, bzw. Kilowatt Solarstrom pro Kopf, bzw. Kilowatt Solarwärme pro Kopf.

Darum laden wir den Stadtrat ein,

- eine administrativ einfache Einführung von Solarförderbeiträgen zur Unterstützung des vermehrten Baus von privaten Solaranlagen (Fotovoltaische Solarpanels und thermische Solarkollektoren) zu prüfen und*
- dem Einwohnerrat einen entsprechenden Vorschlag zu unterbreiten.*

Liestal, den 23. September 2019

Fraktion Grüne Liestal

Hanspeter Zumsteg

Fraktion

CVP/EVP/GLP

Sonja Niederhauser

SP-Fraktion

Patrick Maegli

* * * * *

Stadtpräsident Daniel Spinnler informiert, dass das Nachhaltigkeitsthema die ganze Stadt betrifft, weshalb er zum Postulat Stellung nimmt. Der Stadtrat möchte den Vorstoss nicht übernehmen, obwohl man primär nicht gegen das Anliegen ist. Vom Einwohnerrat sind in letzter Zeit zahlreiche Vorstösse überwiesen und vom Stadtrat sind auch finanzielle Mittel im Budget 2020 sowie Entwicklungs- und Finanzplan 2020-2024 eingestellt worden. Mit dem nun vorliegenden Postulat soll aber nun eine konkrete Massnahme eingeführt werden, welche man im Zusammenhang mit anderen Vorstössen gesamtheitlich anschauen möchte. Letztendlich soll doch die Stadt dort Einfluss nehmen, wo dies überhaupt möglich und realisierbar ist. An der letzten Ratssitzung ist vom Einwohnerrat das Energieleitbild zur Kenntnis genommen worden. So möchte man den Abfall im Gemeinwesen reduzieren, das Energiestadt-Label wieder beantragen und auch prüfen, inwieweit Solaranlagen auf den gemeindeeigenen Gebäuden installiert werden können. Die dafür nötigen Steuergelder möchte man möglichst effizient einsetzen. In Liestal wurden rund 60 Solaranlagen-Projekte während eines grösseren Zeitraumes realisiert. Die sogenannte Bauspar- und Energiespar-Initiative ist vom Schweizer-Souverän unter anderem wegen dem Mitnahmeeffekt abgelehnt worden, da rund 50 % der Projekte realisiert würden, unabhängig von etwelchen Subventionsbeiträgen. Auf Stadt-Level hätten wir wohl bessere Massnahmen, indem man beispielsweise schaut, dass in Liestal weniger Ölheizungen betrieben würden, da diese doch bedeutende Klimasünder sind. In einem Zeitungsbericht von letzter Woche wurde ein Beispiel aufgeführt, wo der Bund rund CHF 5'000.-- an eine neue Solaranlage mit Investitionskosten von rund CHF 30'000.-- mitfinanziert. Und selbst wenn der Stadtbeitrag pro Solarzelle nun CHF 500.-- betragen würde, dürfte der Fördereffekt wohl äusserst gering sein. Frenkendorf leistet beispielsweise Beiträge von gesamthaft CHF 30'000.-- im Jahr. Und solche Beträge würde er doch lieber in Solaranlagen auf gemeindeeigenen Gebäuden investieren. Und mit der Umsetzung der Postulatsforderung hätte das Stadtbauamt neu auch noch Gesuche für Solaranlagen-Förderbeiträge zu prüfen, was auch wieder zusätzlicher Ressourcen bedarf. Und wie kann man den Steuerzahlern erklären, dass man aktuell die Investitionen nicht mit eigenen Mitteln finanzieren kann, hingegen aber Förderbeiträge an private Solaranlagen und Investitionen leistet? Mit dem Postulat würde man lediglich ein paar Wenige finanziell unterstützen, was zur Folge hat, dass andere Projekte zu Gunsten der Allgemeinheit zurückgestellt werden müssen. Der Vorstoss ist von Absicht her ja nicht falsch und auch die Stadt muss etwas unternehmen, dies aber auf unserem Level und unter Berücksichtigung der Effizienz, welche etwas zum Klimaschutz beiträgt.

Hanspeter Zumsteg (GL) stellt als Postulant fest, dass es nun an der Zeit ist, mit machbaren Klima-Massnahmen vorwärts zu machen. Mit der vom Einwohnerrat verabschiedeten Klimanotstand-Resolution wurde festgelegt, dass alle klimarelevanten Geschäfte prioritär zu behandeln sind. Das Baselbieter-Energiepaket konnte eindrücklich zeigen, dass mit dem Förderbeitrag ein fünffaches Investitionsvolumen für Massnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz und erneuerbarer Energien ausgelöst werden konnte. Viele fortschrittliche Gemeinden wie Pratteln, Muttenz, Binningen, Arlesheim, Oberwil, Reinach usw. haben deshalb zusätzliche kommunale Förderbeiträge beschlossen. Die Zahlen vom Amt für Umweltschutz und Energie Baselland zeigen, dass in Gemeinden mit eigenen Förderbeiträgen, in den letzten fünf Jahren rund 50 Prozent mehr private Solaranlagen, umgerechnet auf die Einwohnerzahl, realisiert wurden, als der Kantonsdurchschnitt. Daraus lässt sich schliessen, dass die kommunale Förderung offensichtlich wirkt. Liestal als Energiestadt liegt gerade beim Kantonsdurchschnitt. Mit dem Postulat wird der Stadtrat dazu eingeladen, die Förderung von Solarförderbeiträgen im nächsten Jahr zu prüfen und dem Einwohnerrat einen Bericht und Vorschlag zu unterbreiten. Um das Fuder nicht zu überladen, wird nur die Mitfinanzierung von privaten Solaranlagen vorgeschlagen, was für das Budget 2020 nicht von Relevanz ist. Auch müsste die Überlegung angestellt werden, in welchem Mass klimarelevante Ausgaben im Vergleich zu den allgemeinen Ausgaben prioritär getätigt werden können. Es geht hier auch um die Glaubwürdigkeit gegenüber unseren Nachkommen.

Sonja Niederhauser (CVP/EVP/GLP) merkt als Mitverfasserin des Postulates an, dass Solaranlagen ein wirksames Mittel gegen den Klimanotstand sind. Auch eine Entlastung unseres Stromnetzes ist wichtig und unbestritten. Dass lediglich die Ausgabe finanzieller Mittel für die Förderung von Solaranlagen bestritten ist, verstehe sie angesichts der Finanzlage ebenfalls. Vom Stadtrat könnte aber doch geprüft werden, welche Möglichkeiten es gibt, um Solaranlagen fördern zu können. Dies ist ja auch möglich, indem man beispielsweise administrative Hürden und das Bewilligungsverfahren vereinfacht.

Patrick Mägli (SP) hält als Postulant fest, dass nach verschiedenen Absichtserklärungen und eher symbolischen Statements zum Klimanotstand nun doch auch einmal konkrete Massnahmen im Zusammenhang mit der Klimaerwärmung ergriffen werden sollten. Es müssen heute und nicht erst morgen die nötigen Schritte eingeleitet werden. Frenkendorf und weitere Gemeinden beweisen, dass die Förderung von Solaranlagen ziemlich erfolgreich sein kann. Es erstaunt ihn schon etwas, dass der Stadtrat den Vorstoss nicht übernehmen will. Er könnte mögliche Beiträge der Stadt zumindest einmal prüfen, denn eine sofortige Umsetzung wird von den Postulanten ja auch nicht verlangt.

Thomas Eugster (FDP) informiert, dass sich seine Fraktion intensiv mit dem Vorstoss befasst habe und er sowie weitere Fraktionsmitglieder eine Solaranlage besitzen. Thema heute ist aber die zusätzliche Förderung von Solaranlagen durch die Gemeinden bzw. die Stadt Liestal. Vom Kanton erhält meine keine aufbereiteten Zahlen von neuen Solaranlagen. Dies kann damit zusammenhängen, dass früher gewisse Solaranlagen gar nicht meldepflichtig waren. Er konnte aber beim Kanton erfahren, dass nach Beginn der Meldepflicht im Jahr 2014 bis Ende 2018 in Liestal total 60 Solaranlagen nachträglich bei bereits bestehenden Bauten montiert wurden und in der gleichen Zeitspanne waren es in Lausen 35 Anlagen. Das von den Postulanten erwähnte Kriterium der Anzahl Solaranlagen und Einwohneranzahl ist wohl doch nicht ganz richtig. Bei der in der Statistik erwähnten Anlagen handelt es sich nur um Einfamilienhäuser und bei einer Umrechnung der Beiträge auf die Anzahl Einfamilienhäuser ist es dann so, dass Lausen mit Förderbeiträgen nur gerade 3 Prozent mehr als Liestal hat, in Frenkendorf sind es 22 Prozent und in Biel-Benken sind es gar 83 Prozent mehr als in Liestal. Und selbst in Biel-Benken liegt der Mitnahmeeffekt immer noch über 50 Prozent. Und die Absicht der Postulanten, dass wegen Förderbeiträgen der Gemeinden vermehrt private Solaranlagen gebaut werden, findet so nur in einem kleinen Ausmass statt. Auch wird im Postulat nicht zwischen Neubauten und bestehenden Bauten unterschieden. Mit dem neuen kantonalen Energiegesetz und Zunahme der Elektromobilität werden Solaranlagen noch attraktiver, da dann der Eigenverbrauch gesteigert werden kann. Der Mitnahmeeffekt bei Neubauten wird wohl bei 100 Prozent sein und dieser Effekt wird bei bestehenden Bauten ebenfalls ansteigen. Die Wirkung von Förderbeiträgen ist relativ klein und der Mitnahmeeffekt ist sehr gross, wobei dieser noch weiter ansteigen wird. Insgesamt werden noch wenig Solaranlagen gebaut, was schlussendlich auch mit der Rentabilität zu begründen ist. Und somit spielt die hohe Steuerkraft auch bei Biel-Benken eine grosse Rolle, denn dort werden auch ungeachtet der Rentabilität überdurchschnittlich Solaranlagen montiert, weil das Geld für die Eigentümer von Solaranlagen wohl nicht eine so wichtige Rolle spielt. Und so muss man sich schon fragen, ob man Leuten auch noch von der Gemeinde Geld schenken soll, obwohl diese die Solaranlage meist auch ohne Förderbeiträge bauen würden. Als Alternativen könnten eben solche Investitionen für gemeindeeigene Anlagen getätigt werden oder solche Gelder für den Beizug von Energieplanern für Abklärungen möglicher Energiesparmassnahmen bei bestehenden Liegenschaften verwenden. Solche finanziellen Mittel hätten bestimmt eine grössere Wirkung als bei den von den Postulanten vorgeschlagenen Massnahmen. Die FDP-Fraktion möchte den Vorstoss nicht überweisen, da der Mitnahmeeffekt zu hoch ist und die finanziellen Mittel in bessere Alternativen investiert werden können. Solche alternativen Massnahmen würden auch von seiner Fraktion unterstützt.

Hanspeter Meyer (SVP) informiert, auch seine Fraktion habe lange über den Vorstoss und das Thema Solaranlagen diskutiert. Die SVP-Fraktion unterstützt die Postulatsüberweisung mit ganz klaren Bedingungen. So ist im stadträtlichen Bericht das Kostendach für die Förderbeiträge zu definieren. Auch sind die Folgekosten für die Administration zu beziffern. Ferner ist vom Stadtrat aufzuzeigen, wo er die Kosten für die Solaranlagen-Förderbeiträge einsparen wird. Die Leistung von Förderbeiträgen an private Solaranlagen muss für die Stadt Liestal kostenneutral sein, ansonsten kann die SVP-Fraktion keine Unterstützung zusichern.

Reto Derungs (SP) hält fest, dass das Postulat richtig und sinnvoll ist, nachdem vom Rat der Klimanotstand ausgerufen wurde. Auch in der SP-Fraktion gab es kritische Stimmen. Weshalb sollen denn die Gemeinden auch noch Beiträge leisten, wenn dies der Bund und Kanton bereits tun und die Investitionen noch von den Steuern abgesetzt werden können? Und vermutlich werden mit solchen Förderbeiträgen grossmehrheitlich noch Leute finanziell unterstützt, welche auch sonst privilegiert sind. In der Annahme, dass das Postulat einen zusätzlichen Anreiz für zusätzliche Solaranlagen gibt, wird seine Fraktion der Postulatsüberweisung zustimmen.

Benjamin Holinger (GL) orientiert, dass er sich wohl als einziger seiner Fraktion gegen eine Überweisung des Postulates ausspricht. Die Förderung von Solaranlagen macht Sinn, doch wird die Massnahme vor der Strategie getroffen. Er habe gestern das Budget 2020 durchgelesen und dann schon etwas Bauchweh bekommen. Dem Stadtrat sind dieses Jahr vier strategische Vorstösse zum Thema Klimaschutz und Klimaanpassungsmassnahmen überwiesen worden, was vom Stadtrat ernst genommen und im Budget auch berücksichtigt wurde. Auch der Einwohnerrat sollte bei der bevorstehenden Budget-Debatte die Lage ernst nehmen, mitdenken, innovativ sein und Priorisierungen vornehmen. Er unterstützt den Stadtrat bei diesen Projekten, welche von diesem bereits in die Wege geleitet wurden. Im heutigen Zeitpunkt kann er jedoch die vorgeschlagenen Massnahmen der Postulanten angesichts der finanziellen Folgen nicht unterstützen.

Stadtpräsident Daniel Spinnler nimmt Bezug auf verschiedene Voten und stellt fest, dass die Streichung von Budget-Positionen zu Gunsten von Solaranlagen-Förderbeiträgen ja durchaus auch in der Kompetenz des Einwohnerrates liegt. Der Klimanotstand ist hier im Saal vom Einwohnerrat akzeptiert worden und so kann es doch nicht sein, dass man alle möglichen Massnahmen und Begehrlichkeiten immer wieder mit dem Klimanotstand verknüpft. Situativ muss doch geprüft und entschieden werden, welche Massnahmen überhaupt Sinn machen und schlussendlich auch finanziert werden können. Der Stadtrat möchte mögliche Verbesserungsmassnahmen umfassend anschauen und so dürfte die Förderung von kleinen Einzelprojekten nicht gerade erfolgsversprechend sein. Er macht beliebt, dass man zuallererst den stadträtlichen Bericht mit den Massnahmen abwartet und dann entscheidet, bevor man heute einen neuen Vorstoss mit einer einzelnen Massnahme auch noch an den Stadtrat überweist.

Thomas Eugster (FDP) meint, eine ganzheitliche Betrachtung mache durchaus Sinn. Finanzielle Mittel der Stadt sollten wohl eher dafür verwendet werden, dass man beispielsweise die Reduktion an Ölheizungen forciert und unterstützt.

Hanspeter Zumsteg (GL) meint hinsichtlich des mehrmals erwähnten Hebeleffektes, dass man das Energiepaket komplett in Frage stellen müsste, möchte man den Hebeleffekt in Frage stellen. Es ist erwiesen, dass vermehrt Interessierte investieren, wenn ein finanzielles Anreizsystem vorhanden ist. Soweit ihm bekannt ist, besitzt die Stadt Liestal keine einzige eigene Solaranlage. Und selbst wenn sie eine solche Investition tätigen würde, hätte jeder investierte Franken eine Wirkung von 100 Prozent. Schafft man aber ein Anreizsystem in Energiepaket, so wäre die Wirkung wesentlich höher als 100 Prozent für jeden investierten Franken und um darum geht es ja beim Postulat auch. Über die Notwendigkeit von Solaranlagen werden wir in ein paar Jahren sowieso nicht mehr diskutieren müssen, da diese für die künftige Energieversorgung zwingend gebraucht werden.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) informiert, dass die ursprünglich zugesagte Unterstützung in der Mittefraktion nach verschiedenen neuen Erkenntnissen doch etwas bröckelt und das Postulat wohl von einem grossen Mehr seiner Fraktion nicht überwiesen wird.

Hanspeter Meyer (SVP) erklärt, auch seine Fraktion wird sich neu gegen die Postulatsüberweisung aussprechen.

Thomas Eugster (FDP) merkt an, er habe in seinen vorherigen Voten nicht in Abrede stellen wollte, dass wir künftig weniger Strom brauchen. Wenn man aber finanzielle Mittel für CO₂-Einsparungen verwenden möchte, gäbe es andere Massnahmen, welche mehr bringen würden.

Domenic Schneider (CVP/EVP/GLP) äussert, dass man an richtigen Orten mit richtigen Massnahmen sowie Anlagen und Investitionen schaffen müsste. So machen Solaranlagen auch nicht in jedem Fall Sinn.

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Mit 13 Ja-Stimmen gegen 20 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen wird das Postulat Nr. 2019/157 nicht an den Stadtrat überwiesen.

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) informiert darüber, dass die Sitzung doch länger als erwartet dauert, weshalb nun doch eine kurze Pause eingeschaltet wird.

262 0.01.011.01 Einwohnerrat

4. Food Waste - Interpellation «Eine kleine Massnahme gegen Food Waste» von Stefan Fraefel der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2019/158)

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Einwohnerrat Liestal

*Stefan Fraefel
CVP/EVP/GLP-Fraktion*

Liestal, 23. September 2019

Interpellation

Eine kleine Massnahme gegen Food Waste

Im Schnitt wirft jeder Schweizer (und damit auch jeder Liestaler, jede Liestalerin) 135 kg Lebensmittel im Jahr fort. Ein Grossteil wäre noch geniessbar. Für ganz Liestal sind das über über 2000 Tonnen (oder 50 voll beladene Lkw-Anhängerzüge/Sattelschlepper). Gleichzeitig hat Liestal eine der höchsten Sozialhilfequoten im Kanton. Viele Liestaler können es sich gar nicht leisten, Essen fortzuwerfen und wären noch so froh um günstige oder gar gratis Essensgelegenheiten. Food Waste ist nicht nur unökologisch, sondern auch unökonomisch.

Ein einfaches Hilfsmittel um Food Waste zumindest zu mildern ist der öffentliche Kühlschrank, wie es z.B. www.madamefrigo.ch anbietet. Man braucht nur (nebst einem Kühlschrank) einen zentralen öffentlichen Platz mit Stromanschluss und – der Haken bei diesen und ähnlichen Projekten – Freiwillige, die den Kühlschrank reinigen/kontrollieren.

Jeder, der noch geniessbares Essen übrig hat – Private wie auch Gastronomiebetriebe – können jederzeit Essen in den Kühlschrank stellen, wer Essen benötigt, nimmt es raus. Es hat, was es hat. Alles völlig anonym. Dass Essen nicht wegkomme, komme fast nicht vor.

Mit dem öffentlichen Bücherregal vor dem Zeughausplatz gibt es seit kurzem in Liestal bereits etwas Ähnliches. Doch was ist wichtiger: Lesen oder Essen?

Ich ersuche den Stadtrat um Beantwortung folgender Frage:

- 1. Auch wenn es sich nicht um eine öffentliche Aufgabe im klassischen Sinn handelt, könnte sich der Stadtrat vorstellen resp. wäre er dazu bereit, einen öffentlichen Kühlschrank auf öffentlichem Grund (z.B. vor dem Eingang Rathaus in der Salzgasse oder auf der Seite beim Fischmarkt) aufzustellen und für den Unterhalt (Reinigung) besorgt zu sein (z.B. durch das Reinigungspersonal für die Stadtverwaltung)?*

Herzlichen Dank.

* * * * *

Stadträtin Marie-Theres Beeler dankt für den Vorstoss sowie die Anregungen des Interpellanten. Sie habe bei ihren Abklärungen die Homepage www.madamefrigo.ch konsultiert. Die Kühlschränke stehen grösstenteils in Siedlungen von Wohngenossenschaften und diese werden dann auch von einer Gotte oder einem Götti betreut. Sie habe in der Nordwestschweiz keinen Kühlschrank-Standort gefunden und sich dann auf der Homepage des Kantons auch noch schlau gemacht. Das Merkblatt des Kantons bzw. die Voraussetzungen im Zusammenhang mit Foodsharing liegt auf dem Projektor auf. Das Amt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen hält in seinem Merkblatt fest, dass ein öffentlich aufgestellter und betriebener Kühlschrank dieselben Bedingungen wie ein Kühlschrank in einem Lebensmittelgeschäft erfüllen muss. Die Produkte müssen beispielsweise geschützt aufbewahrt werden, dürfen keine Resten bzw. bereits gekochte Produkte sein und es muss beispielsweise auch der Nachweis erbracht werden können, dass diese noch geniessbar sind. Die Anforderungen für den Betrieb eines solchen Kühlschranks sind schon extrem hoch. Je öffentlicher der Raum ist, desto schwieriger wird es auch, die Lebensmittelsicherheit auch garantieren zu können. Jeden Donnerstagmorgen werden im Rahmen der Coop-Aktion "Tischlein deck dich" im Martinshof abgelaufene, aber noch geniessbare Lebensmittel, abgegeben. Die Benutzer müssen lediglich eine Bezugsberechtigung des Sozialen Dienstes usw. vorweisen können. Wenn aber eine Freiwilligenorganisation den Betrieb eines Anti-Foodwaste-Kühlschranks organisieren würde und bereit sowie fähig wäre, die notwendigen Bedingungen zu erfüllen, würde dies die Stadt ebenfalls unterstützen. Die Unterstützung wäre möglich bei der Standortklärung, der Beratung, den Sicherheitsmassnahmen, bei kostenlosen Publikationen im Liestal aktuell usw. Der Betrieb eines solchen Kühlschranks wird jedoch nicht durch die Stadt angeboten und gewährleistet.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) dankt als Interpellant für die Abklärungen sowie die Beantwortung seiner Frage und wünscht die Diskussion.

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass die Diskussion nicht bestritten wird.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) führt aus, dass ihm die erwähnten Auflagen und Bedingungen nicht bekannt waren. Er versteht es deshalb auch, dass die Stadt keinen Kühlschrank betreiben kann beziehungsweise will. Es ist ja gut, dass man mit Regeln die Menschen schützt. Er frage sich aber schon, ob man es lieber in Kauf nimmt, dass man Menschen hungern lässt, anstatt dass sie sich an Gratis-Lebensmitteln vielleicht mal den Magen verderben könnten. Er schaut mal, ob sich vielleicht doch noch jemand finden lässt, welcher sich den Regeln unterwerfen und einen Kühlschrank gegen Food Waste betreiben würde.

Natalie Oberholzer (GL) meint, man müsse das Thema vielleicht noch aus einer anderen Richtung beleuchten. Es ist schon nicht die Aufgabe der Stadt, einen solchen Kühlschrank zu betreiben, doch sollte diese die Bevölkerung hinsichtlich der Food Waste-Problematik vermehrt informieren und sensibilisieren. Food Waste trägt schliesslich zur ganzen Klimaproblematik wesentlich bei, indem nach der Produktion gleich wieder viele Lebensmittel weggeworfen werden. Dadurch werden in der Schweiz so viel CO₂-Emissionen verursacht wie ein Drittel aller Autos in der Schweiz. Zusätzlich wird aber auch unnötig Boden, Wasser, Geld und Energie verschwendet. Verursacher sind mit einem 45 Prozentanteil die Haushalte und genau da könnte man mit der Sensibilisierung der Bevölkerung beginnen. Im Zusammenhang mit den Klimaschutzmassnahmen gehört Food Waste ebenfalls dazu. Es gibt in der Schweiz bereits zahlreiche Tools und Ausstellungen zu diesem Thema, welche die Liestal ebenfalls nutzen und beanspruchen könnte. Auch Liestal könnte ja einmal die Bevölkerung zu einem Essen einladen, wofür abgelaufene, jedoch fein zubereitete Lebensmittel verwendet und aufgetischt werden.

Daniela Reichenstein (FDP) sagt, dass die meisten Punkte von den Vorrednern bereits gesagt wurde. Es ist auch für sie unverständlich und nicht nachvollziehbar, wie viele abgelauene, aber immer noch geniessbare Lebensmittel tagtäglich fortgeworfen werden. Auch ist sie ebenfalls der Meinung, dass der Betrieb eines solchen Kühlschranks nicht Aufgabe der öffentlichen Hand sein kann. In Winterthur wird ein solcher Kühlschrank ebenfalls von einer privaten Institution betrieben. Ein vermehrtes Engagement der Stadt bei der Sensibilisierung der Bevölkerung zum Thema Food Waste unterstütze sie ebenfalls.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) regt an, dass ein öffentlicher Kühlschrank ja auch vom Verein Senioren für Senioren, vom Frauenverein usw. betrieben werden könnte.

Stadträtin Marie-Theres Beeler dankt für die positiven Rückmeldungen und sichert die Unterstützung der Stadt zu, sollte doch noch ein öffentlicher Kühlschrank aufgestellt werden.

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) stellt fest, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2019/158.

263 0.01.011.01 Einwohnerrat

5. Kreisel - Postulat betreffend Klimaverbesserung durch die Umgestaltung von Kreuzungen in Kreisel von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion (Nr. 2019/159)

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

Hanspeter Meyer
namens der SVP-Fraktion

23. September 2019

P o s t u l a t

betreffend Klimaverbesserung durch die Umgestaltung von Kreuzungen in Kreisel

In der Klimadebatte hat unsere Fraktion den Standpunkt vertreten, dass Verbesserungen nicht durch Verbote und Vorschriften erreicht werden sollen, sondern wo möglich durch sinnvolle Investitionen. Es gibt diverse Bereiche, wo entsprechende Vorhaben realisiert werden können, so z.B. beim Verkehr.

In einer Dokumentation schreibt der Verkehrsclub der Schweiz VCS u.a. folgendes: «Der Verkehr auf den Schweizer Strassen dreht sich immer häufiger im Kreisel, statt sich über herkömmliche Kreuzungen und durch Lichtsignalwälder zu quälen. Er rollt dank dessen flüssiger, ist leiser geworden und im Allgemeinen auch sicherer. Die konstantere Fahrweise auf tieferem Geschwindigkeitsniveau bringt Zeitgewinn und verringert den Schadstoffausstoss.»

Der Kanton Bern hat sich intensiv mit dem Schadstoffausstoss beim Verkehr befasst und diverse Untersuchungen angestellt. So wurde festgestellt, dass der Schadstoffausstoss beim Verkehr dann minimal ist, wenn sich die Fahrzeuge stetig, das heisst ohne ständiges Abbremsen und Wiederbeschleunigen bewegen. In den Massnahmenplänen für die Luftreinhaltung wurden deshalb diverse Vorschläge unterbreitet. Weiter wurden anhand eines Untersuchungsobjektes in der Gemeinde Zollikofen im Detail die Auswirkungen durch die Umgestaltung von Strassenkreuzungen in Kreisel untersucht. Fazit des Modelles Zollikofen: Geschickte Strassengestaltung hilft der Luft. Die lufthygienischen Untersuchungen vor und nach der Umgestaltung haben gezeigt, dass durch eine zweckmässige, alle Verkehrsteilnehmer berücksichtigende Strassengestaltung, die Luftbelastung markant reduziert werden kann.

Unsere bisherigen Vorstösse, Kreuzungen vermehrt als Kreisel auszugestalten, sind bisher immer negativ beurteilt worden. Meistens wurden Argumente dagegen wie Schwerverkehrsrouten, Platzverhältnisse usw. vorgebracht. Abklärungen in andern Gemeinden und Kantonen haben aber gezeigt, dass mit gutem Willen auch bei engen Platzverhältnissen Kreisel angebracht werden können.

Wir laden deshalb den Stadtrat im Sinne der Klimaverbesserung ein, zu prüfen, wo, wie und zu welchem Preis in Liestal Kreisel vorgesehen werden können.

* * * * *

Stadtrat Franz Kaufmann informiert, dass der Stadtrat das Postulat nicht übernehmen möchte. Mit dem Postulat Nr. 2017/55 ist der Kreiserverkehr bereits thematisiert worden und dann vom Postulanten Hanspeter Meyer der Vorstoss zurückgezogen worden. Beim nun vorliegenden neuen Vorstoss ist inhaltlich lediglich noch das Argument betreffend der Klimaverbesserung erwähnt worden. Die stadträtlichen Argumente sind immer noch dieselben und hinsichtlich der Klimaverbesserung findet er es nicht sinnvoll, wenn man funktionierende Strassen umbaut und Kreisel realisiert, da die dafür benötigten Ressourcen ja auch nicht gerade gering sind und gar die Umwelt zusätzlich belasten. Zudem ist es fraglich, ob der Bevölkerung nebst den bereits in Betrieb genommenen Grossbaustellen noch weitere Baustellen zugemutet werden können.

Hanspeter Meyer (SVP) hält als Postulant fest, dass Liestal wohl gesamtschweizerisch die einzige Stadt, in welcher keine Kreisel realisiert werden. Massnahmen zur Klimaverbesserung sind aktuell ein Dauerthema hier im Rat, welche meist nur mit zusätzlichen neuen Regelungen und Verboten durchgesetzt werden können. Mögliche Massnahmen wären aber auch ohne solche möglich, wenn man einfach vermehrt Strassenkreisel realisieren würde. Der VCS Schweiz hat Schützenhilfe geleistet, indem in einer Broschüre betreffend dem Verhalten der Velo- und Autofahrer sowie Fussgänger Kreisel festgehalten wird, dass Kreisel zu einer Schadstoffverringerung führen, wie dies in seinem Vorstoss erwähnt wird. So sollte auch der Kanton sensibilisiert werden, damit dieser bei baulichen Massnahmen auf den Kantonsstrassen die Realisierung von Kreiseln zumindest prüft. Auch aus Kostengründen macht es Sinn, dass Kreisel erst dann realisiert würden, wenn sowieso bauliche Massnahmen bei grösseren Kreuzungen anstehen.

Peter Küng (SP) ist der Meinung, dass vom Stadtrat bestimmt Massnahmen getroffen und Kreisel realisiert würden, wenn dies überhaupt möglich wäre. Problematisch ist aber wohl eher, dass theoretisch machbare Kreisel wohl sowieso nur auf Kantonsstrassen realisiert werden könnten. Erst gerade sind Sanierungen von Kreuzungen im Altmarkt vom Kanton vorgenommen worden und es wurde wiederum kein Kreisel realisiert, was aber wohl seine Gründe haben dürfte. Seine Fraktion ist der Meinung, dass man im Zusammenhang mit Massnahmen für ein besseres Klima wohl schon die gesamte Mobilität überprüfen und mögliche Fördermassnahmen prüfen sollte. Seine Fraktion wird der Postulatsüberweisung nicht zustimmen.

Dominik Beeler (GL) äussert, es freue ihn schon, dass sich nun auch die SVP Gedanken zur Klimaverbesserung macht. In der vom Postulanten erwähnten VCS-Broschüre geht es aber vorwiegend um die Verkehrssicherheit und nicht um mögliche Massnahmen zur Verbesserung des Klimas geht. Seine Fraktion spricht sich ebenfalls gegen die Überweisung des neuen Vorstosses aus.

Thomas Eugster (FDP) findet Kreisel eine sinnvolle und gute Lösung, sofern solche wegen den Platzverhältnissen überhaupt realisiert werden können. Und es ist wohl schon so, dass diese im Gemeindegebiet von Liestal wohl ausschliesslich auf Kantonsstrassen realisiert werden können, so beispielsweise im Zusammenhang mit dem Betriebskonzept Liestal Ost und der Umverlegung von Kantonsstrassen im Bereich Gitterlistrasse und Kasinostrasse. Seine Fraktion wird deshalb der Postulatsüberweisung zustimmen, damit dem Stadtrat bei den weiteren diesbezüglichen Verhandlungen auch der Rücken gestärkt werden kann.

Domenic Schneider (CVP/EVP/GLP) weist darauf hin, dass die Kreisel ja recht unterschiedlich gestaltet werden. So können beispielsweise auf seinem Arbeitsweg vier Kreisel auf kurzer Distanz fast gerade durchfahren werden, hingegen kommt man sich bei den Kreiseln in Pratteln wie in einer Formel 1-Schikane vor. Und diese Kreisel in Pratteln dürften wohl rein gar nichts zur CO₂-Reduktion beitragen. Kreisel sollten so gestaltet werden, dass ein flüssiger Verkehrsfluss gewährleistet ist.

Thomas Eugster (FDP) führt aus, dass es verschiedene Kreisel mit unterschiedlichen Durchmessern und Fahrspuren gibt. Auch er wünscht sich bei den Kreiseln in Liestal keine Monsterkonstruktionen, wie man sie teilweise sieht.

Benjamin Holinger (GL) versteht die Absichtserklärung der FDP-Fraktion nicht ganz. Soll nun das Postulat an den Stadtrat überwiesen werden, obwohl aktuell wohl keine Kreisel auf Gemeindestrassen realisiert werden können. Wir mit der Postulatsüberweisung nur bezweckt, dass der Stadtrat eine bessere Rückendeckung beim Kanton hat? Hat man dabei auch berücksichtigt, dass mit dem überwiesenen Vorstoss wohl nur wieder der Stadtrat und die Verwaltung unnötig beschäftigt würde?

Thomas Eugster (FDP) antwortet, dass es nicht die Meinung der FDP-Fraktion ist, dass Stadtrat und Verwaltung nun im Detail die Machbarkeit von Kreiseln bei den Gemeindestrassen prüfen und dem Einwohnerrat anschliessend Bericht erstatten sollen. Obwohl es sich beim Postulat um Kreisel der Stadt handelt, könnte der Stadtrat nach der Überweisung beim Kanton vorstellig werden wegen möglichen Kreiseln auf den Kantonsstrassen.

Stadtrat Franz Kaufmann führt aus, dass der Postulant generell überprüft haben möchte, wo in Liestal Kreisel realisiert werden könnten. Der Kanton hat der Stadt Liestal im Zusammenhang mit der Erschliessung Liestal Ost ein partizipatives Verfahren versprochen und bei dieser Gelegenheit wird der Stadtrat ja sicher auch die Kreisel-Frage thematisieren. Dies ist aber möglich, ohne dass der Rat dem Stadtrat nun das Postulat Nr. 2019/159 zur Prüfung und Beantwortung überweisen würde, wie dies von der FDP-Fraktion vorgeschlagen wird.

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) stellt fest, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Das Postulat Nr. 2019/159 wird mit 10 Ja-Stimmen gegen 21 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen nicht an den Stadtrat überwiesen.

264 0.01.011.01 Einwohnerrat

6. **Plauder-Bänkli - Interpellation «Ein Plauder-Bänkli gegen die Einsamkeit» von Lisa Faust der Grünen Fraktion (Nr. 2019/160)**

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Interpellation: Ein Plauder-Bänkli gegen die Einsamkeit

Der kürzlich publizierte Baselbieter Gesundheitsreport zeigt auf, dass sich ein Drittel der Bevölkerung einsam fühlt. Frauen sind stärker betroffen als Männer; oftmals sind es junge, alleinerziehende Mütter sowie ältere Menschen, die unter Einsamkeit leiden. Das Thema wird oft tabuisiert, da es zum Teil als persönliches Versagen gewertet wird. Auch deshalb versucht der Kanton mit aktuellen Kampagnen, die Bevölkerung zum Thema psychische Gesundheit zu sensibilisieren.

In der Sonntagszeitung vom 28.07.2019 war Folgendes zu lesen:

Wer niemanden zum Reden hat, kann sich in England auf eine «Sag Hallo»-Bank setzen

Das Schild springt einem schon von weitem ins Auge. «The happy to chat bench» steht da in grossen schwarzen Lettern: die Parkbank, die sich über ein Gespräch freut, und Passanten freundlich dazu auffordert: «Setzen Sie sich doch, wenn es Ihnen nichts ausmacht, dass jemand kurz Hallo sagt.» Mehr als 40 Exemplare solcher Schwatzbänkli gibt es derzeit in England, das neuste steht seit kurzem im Victoria Park in London. Es ist eine Aktion gegen die Vereinsamung, initiiert von der englischen Polizei. [...]

Denn: Rund 40 Prozent der britischen Seniorinnen und Senioren betrachten den Fernseher als ihren wichtigsten Begleiter im Alltag. Und jeder Fünfte hat niemanden, mit dem er sich wenigstens einmal die Woche austauschen könnte. In der Schweiz ist die Situation ähnlich desolat: Mehr als ein Drittel der über 65-Jährigen fühlt sich einsam, Tendenz steigend.

Als Gspäändli-Börse ist eine Parkbank ideal. Sie gibt älteren Menschen zudem einen Grund, an die frische Luft zu gehen. Praktisch auch, dass so ein Bänkli-Schwatz keinen Rappen kostet. In England stösst das Angebot jedenfalls auf reges Interesse, auf dem Polizeiposten rufen sogar Interessierte aus dem Ausland an. Gut möglich also, dass es bald auch bei uns heisst: «Sie sitzen auf einer Plauder-Bank, sagen Sie ungeniert Grüezi.»

Ich bedanke mich beim Stadtrat für die Beantwortung der folgenden Fragen:

- 1. Wie gedenkt der Stadtrat der zunehmenden Einsamkeit der Bevölkerung zu begegnen? Kann sich der Stadtrat vorstellen, zum Thema Einsamkeit bzw. zur psychischen Gesundheit aktiv zu werden?*
- 2. Wäre es z.B. möglich, ein oder mehrere Plauder-Bänkli in Liestal zu installieren oder bereits bestehende Bänkli entsprechend zu beschriften?*
- 3. Wenn ja, welche Standorte würden dafür in Frage kommen?*

Lisa Faust, Grüne Fraktion

Liestal, 18.09.2019

* * * * *

Michael Durrer (GL) führt aus, dass sich die Interpellantin Lisa Faust (GL) krankheitsbedingt und kurzfristig für die heutige Sitzung entschuldigen lassen musste. Da die Sitzung ja auch länger dauerte, als allgemein angenommen wurde, macht er beliebt, dass das Geschäft auf die nächste Sitzung vertagt wird. Damit könnte sich die Interpellantin dann auch selbst zu ihrem Vorstoss äussern.

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass sich aus dem Rat niemand zum Vorschlag äussert und er dem Stillschweigen entnimmt, dass sich der Rat mit der Vertagung des Geschäfts einverstanden erklären kann.

NEUE VORSTÖSSE - Begründung

Ratspräsident Werner Fischer (FPD) hält fest, dass sich nun Ratsmitglieder, welche neue Vorstösse eingereicht hatten, diese gemäss § 44 des Geschäftsreglementes am Schluss der heutigen Sitzung noch mündlich begründen können.

Er stellt nach Umfrage fest, dass davon niemand Gebrauch machen möchte.

* * * * *

Schluss der Sitzung: 19.50 Uhr

Für den Einwohnerrat
Der Präsident

Werner Fischer

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann